



Pressemitteilung

Narrenstück geht weiter

Genehmigungsbehörde SGD-Süd lehnt Widersprüche gegen den selbst erlassenen Vorbescheid erwartungsgemäß ab

Mainz / Wiesbaden, 28.07.2010: "Dass die Genehmigungsbehörde heute die gegen den Vorbescheid und die Teilbaugenehmigung eingelegten Widersprüche mit der Begründung zurückgewiesen hat, sowohl Vorbescheid als auch Teilbaugenehmigung seien rechtmäßig ergangen, beweist vor allem eins: Das Kohlekraftwerk ist bei weitem nicht so tot, wie es insbesondere im Zusammenhang mit der Bildung der Mainzer Ampelkoalition immer wieder behauptet wurde.", so Marc Legg, 1. Vorsitzender des Bündnisses für eine kohlekraftwerksfreie Region Mainz Wiesbaden zu den heute ergangenen Widerspruchbescheiden in den Genehmigungsverfahren für das Mainzer Kohlekraftwerk.

"Da uns bis heute nicht bekannt geworden ist, dass der Vorstand der KMW von dem Projekt ablassen will, bedeutet dies, dass wir und alle in den Verfahren beteiligten Gegner nun in das Klageverfahren vor dem OVG Koblenz gezwungen werden. Andernfalls würden die Widerspruchsbescheide rechtskräftig und die KMW hätte Baurecht. Zwar sind wir sowohl finanziell als auch organisatorisch für diesen Schritt gewappnet und werden alles daran setzen, das Kohlekraftwerk auch in den juristischen Verfahren zu besiegen. Gleichwohl ist es schlicht als absurd zu bezeichnen, das hier für juristische Verfahren von allen Seiten nochmals große Summen aufgewendet werden müssen, wenn das Kohlekraftwerk angeblich von keinem mehr gewollt ist", ergänzt Vorstandsmitglied Carl Christian Müller, der in den Genehmigungsverfahren auf Gegenseite auch als Rechtsanwalt bestellt ist.

Zu dem Mainzer Narrenstück erklärt Marc Legg abschließend: "Nachdem die Wiesbadener Kommunalpolitik die Zeichen der Zeit schon erkannt hat, fordern wir auch die Mainzer Verantwortlichen auf, über die entsprechenden Gremien auf KMW Einfluss zu nehmen und die für das Kohlekraftwerk gebildeten Rücklagen der kommunalen KMW, die sich zwischenzeitlich auf über 200 MIO EUR belaufen, den Haushalten der Städte Mainz und Wiesbaden zuzuführen. Es ist einem vernünftig denkenden Menschen nicht plausibel zu machen, dass eine Stadt wie Mainz, die selbst mit weit über 600 Mio EUR verschuldet ist, eine solche Option nicht wahrnehmen will. Würde das Geld den städtischen Haushalten zugeführt, wäre das Kohlekraftwerk für jeden Investor uninteressant - und die Mainzer Koalition könnte beweisen, dass es ihr mit ihrem bei der Koalitionsbildung abgegebenen Versprechen, das Kohlekraftwerk werde nicht gebaut, tatsächlich ernst ist.", so Marc Legg abschließend.